

Antworten von Bündnis 90 / Die Grünen zu den Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2013 von Gender Mainstreaming Experts International



Welchen Stellenwert werden Sie der Gleichstellung von Männern und Frauen in Ihrer Regierungsarbeit geben?

Frauen und Männer sollen ihr Leben selbstbestimmt und solidarisch leben können, das ist ihr gutes Recht. Es ist an der Zeit: Die anhaltende Blockade der schwarz-gelben Koalition muss ein Ende haben. Wir machen eine Geschlechterpolitik, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen Lebensentwürfen von Männern und Frauen Rechnung trägt.

Zentral ist für uns die Eigenständige Existenzsicherung: Wir wollen, dass jede und jeder die Möglichkeit hat das, was er oder sie zum Leben braucht, selbst zu erwirtschaften. Zeiten von Nichterwerbstätigkeit müssen abgesichert sein. Traditionelle Rollenbilder prägen unser Steuer- und Sozialsystem und führen zu erheblichen Erwerbshemmnissen für Frauen und damit häufig zu mangelnder eigener Absicherung und Altersarmut. Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die über alle Lebensphasen hinweg konsistent ist. Es ist widersprüchlich, steuerliche Anreize für das Hauptnährermodell durch das Ehegattensplitting zu setzen, aber nach einer Scheidung die zügige Sicherung des Lebensunterhalts durch eigene Erwerbstätigkeit zu fordern. Gleichberechtigung braucht Geschlechterdemokratie. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen selbstverständlich auf Augenhöhe beteiligen können – in der Gesellschaft, im Parlament und am Arbeitsplatz.

Gleichberechtigung schafft Zukunft, denn nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft wird die Aufgaben von morgen bewältigen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem in der Verfassung formulierten Auftrag, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern, in ihrer Regierungsarbeit systematisch Rechnung zu tragen?

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ So steht es im Grundgesetz. Es gibt uns den Auftrag, auf die Durchsetzung dieser Gleichberechtigung hinzuwirken. Diesen Auftrag wollen wir erfüllen. Das heißt konkret: „Die Hälfte der Macht und der Verantwortung für Frauen und Männer.“

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Auf Freiwilligkeit zu setzen, bringt nicht weiter, das haben die letzten Jahre gezeigt. Daher wollen wir konkrete gesetzliche Regelungen: Ein Entgeltgleichheitsgesetz und den Mindestlohn, Minijobs sozialverträglich ersetzen, eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, die Erwerbshemmnisse für Ehefrauen zügig abbauen (Ehegattensplitting durch Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen, kostenfreie Mitversicherung in die BürgerInnenversicherung überführen, ein umfassendes Aktionsprogramm zum (Wieder-) Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit), den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung.

Wie werden Sie die international anerkannten Strategien des Gender Mainstreaming (durchgängige Gleichstellungsorientierung) und des Gender Budgeting (gleichstellungs- und wirkungsorientierte Haushaltsführung) in Ihrer Regierungs- und parlamentarischen Arbeit nutzen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an der Strategie des Gender-Mainstreamings fest, mit der bei allen politischen Handlungen nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer gefragt wird. Unser Ziel ist Geschlechterdemokratie, die ein gerechtes Verhältnis von Frauen und Männern beinhaltet.

Durch die Einführung des Gender-Budgetings auf allen Ebenen wollen wir Gleichberechtigung auch im Bereich der Haushaltspolitik umsetzen. Die geschlechtersensible Analyse eines Haushalts macht deutlich, welche Auswirkungen die Verwendung öffentlicher Mittel auf Frauen und Männer in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen hat.

Werden Sie institutionelle und organisatorische Strukturen wie Ministerien, Stabstellen, Abteilungen etc. nutzen, ausbauen oder einrichten, um die durchgängige Gleichstellungsorientierung in der Regierungsführung zu sichern?

Wenn ja, wie sollen diese aussehen (Ansiedlung, Ausstattung, Befugnisse, Kooperationsformen, Kooperationspartner/innen)?

Sollten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Regierungsverantwortung kommen, wird der wichtige Themenbereich Gleichstellung sicherlich bearbeitet werden. In welcher Form, ob mit einer MinisterIn, einer Stabsstelle oder anderen Möglichkeiten, wird erst nach der Wahl verhandelt und entschieden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen die Doppelstrategie von Frauenpolitik und Geschlechterpolitik, als eigenes Politikfeld wie auch als Querschnittspolitik.

Wie werden Sie sicherstellen, dass professionelle Gender-Kompetenz (fundierte Kenntnis der Geschlechterverhältnisse, der Diskriminierungstatbestände und der gleichstellungspolitischen Strategien zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Diskriminierung) in der Regierungsarbeit genutzt wird?

Eine bundesweite Forschungseinrichtung zur Gleichstellung soll wissenschaftliche Expertise bündeln, Diskussionsprozesse initiieren und unterstützen. Wir wollen einen zweiten Bundesgleichstellungsbericht erstellen lassen, der die Schwerpunkte auf die Bereiche legt, die im ersten Bericht nicht ausführlich behandelt werden konnten.

Wir wollen Männer, Jungen und Väter darin unterstützen, sich in gleichstellungspolitischen Anliegen besser zu vernetzen. Sie sind Partner bei der Umsetzung von Gleichstellung. Ihre Anliegen und Bedürfnisse sollen in der geschlechterpolitischen Debatte ihren eigenen Raum finden. Die Politik muss ebenso wie die Wissenschaft die Veränderungen der Rollenbilder auch von Männern stärker berücksichtigen. Wir wollen eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitforschung für Genderfragen umsetzen. Wir brauchen einen Aufbruch für die Männergesundheit und mehr Forschung ebenso wie eine gesellschaftliche Debatte zum Thema Männer als Opfer von Gewalt.

Wie werden Sie sich gegenüber Agitationen anti-demokratischer Organisationen und Einzelpersonen verhalten, die verfassungsrechtliche Standards wie die Gleichberechtigung und staatliche Gleichstellungspolitik von Männern und Frauen diskreditieren?

Bei verfassungsfeindlichen Organisationen oder Einzelpersonen ist das Strafrecht gefragt. Ob dieses Instrument bei Agitationen gegen Gleichberechtigung greift, scheint allerdings fraglich. Wir verstehen Politik auch als Austausch von Meinungen, als gesellschaftlichen Dialog und Diskussion, als Aushandlungsprozess. Wir wollen gesellschaftliche Mehrheiten für Gleichberechtigung und werden immer dafür streiten. Abweichende Minderheitenpositionen müssen und können demokratische Gesellschaft aushalten.